

II. 12894 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6250 W

1994-03-16

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Feurstein, Ing. Mathis
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verhalten des Finanzministeriums in Zusammenhang mit
dem Schiedsgerichtsverfahren betreffend Heimfalls- und Rück-
kaufsrecht des Landes Vorarlberg aufgrund der Illwerke-Verträge

Das Land Vorarlberg hat im Jahre 1922 mit zwei ausländischen
Partnern den "Landesvertrag 1922" abgeschlossen und damit die
Gründung der Vorarlberger Illwerke im Jahre 1924 vorbereitet.
Die Verpflichtungen aus dem etwas abgeänderten "Landesvertrag,
Fassung 1926" hat die Vorarlberger Illwerke AG. in ihrer Grün-
dungsversammlung übernommen. In diesem "Landesvertrag, Fassung
1926" hat sich das Land Vorarlberg das Heimfallsrecht, Rück-
kaufsrecht, Vorkaufsrecht, Genußrecht und Wasserzins neben ande-
ren Rechten ausbedungen.

Dieses Heimfallsrecht des Landes Vorarlberg wurde mehrfach be-
stätigt. Der Aufsichtsrat wurde durch den früheren Illwerke-
Vorstand durch umfassende Memoranden und andere Unterlagen über
das Heimfalls- und Rückkaufsrecht des Landes Vorarlberg
informiert. In einem Bericht an den Aufsichtsrat vom Juni 1992
konnte daher eines der Vorstandsmitglieder folgendes fest-
stellen: "Landesrechte, wie Heimfalls- und Rückkaufsrecht, wur-
den im Auftrag des Bundes und durch den Bund unterstehende und
auf seine Weisung handelnde öffentliche Verwalter im Vertrags-
werk von 1952 erneut bestätigt." Auch der Rechnungshof hat in
seinen Prüfungsberichten mehrfach auf den rechtmäßigen Bestand
des Heimfalls- und Rückkaufsrechtes des Landes hingewiesen.

-2-

Ungeachtet dieser klaren und eindeutigen Rechtsmeinung hat der frühere stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vorarlberger Illwerke AG., Dr. Walter Fremuth, in den letzten Jahren ständige Versuche unternommen, dieses Heimfalls- und Rückkaufsrecht des Landes Vorarlberg in Frage zu stellen. Schließlich gelang es dem Vorstand der Verbundgesellschaft vom Präsidenten der Finanzprokurator eine Stellungnahme, in der das Heimfalls- und Rückkaufsrecht des Landes Vorarlberg negiert wird, und zwar entgegen aller früher erstatteten Gutachten der Finanzprokurator, zu erhalten. Dr. Walter Fremuth erreichte einen Beschluß des Aufsichtsrates - es handelte sich um eine knappe Mehrheitsentscheidung, die insbesondere durch das Stimmverhalten sämtlicher Vertreter der Verbundgesellschaft zustande kam - vor dem zuständigen Schiedsgericht das Heimfalls- und Rückkaufsrecht des Landes Vorarlberg zu bestreiten.

Das Verhalten des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde in den Medien und von Vertretern des Landes mehrfach kritisiert. Sehr wesentlich ist in diesem Zusammenhang aber auch das Verhalten des Präsidenten der Finanzprokurator. Es erhebt sich insbesondere die Frage, welchen Einfluß Vertreter der Verbundgesellschaft beim Zustandekommen der erwähnten Stellungnahme mitgewirkt haben.

Als Folge des Bestreitens des Heimfalls- und Rückkaufsrechtes durch die knappe Aufsichtsratsmehrheit kam es zur Durchführung eines Schiedsgerichtsverfahren, das nach vorliegenden Berichten Kosten von mehr als 10 Mio. S verursacht hat. Das Schiedsgericht hat am 21. Februar 1994 mündlich sein Urteil verkündet und dem Antrag des Landes Vorarlberg in vollem Umfang stattgegeben. Das Verhalten des früheren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden hat dem Unternehmen Vorarlberger Illwerke AG. eindeutig geschadet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

-3-

A n f r a g e:

- 1) Welche Personen haben an der Erarbeitung der Stellungnahme des Präsidenten der Finanzprokuratur über das Heimfalls- und Rückkaufsrechtes des Landes Vorarlberg gegenüber der Vorarlberger Illwerke AG. mitgewirkt?
- 2) Welchen Einfluß haben Vertreter der Verbundgesellschaft in Zusammenhang mit der Erarbeitung dieser Stellungnahme ausgeübt?
- 3) In welchem Ausmaß wurden Sie vom früheren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Walter Fremuth über sein Verhalten gegenüber den Vorarlberger Illwerken informiert?
- 4) Hat die Finanzprokuratur bei der Erstellung des Gutachtens externe Fachleute beigezogen?
- 5) In welchem Ausmaß wurden die Memoranden der früheren Ill-Werke-Vorstandsmitglieder über Heimfalls- und Rückkaufsrecht an den Aufsichtsrat der Illwerke berücksichtigt?
- 6) Welche Konsequenzen ergeben sich für das Bundesministerium für Finanzen aufgrund des Urteils des Schiedsgerichtes, das am 21. Februar 1994 mündlich verkündet wurde?